

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

16.9.1922 (No. 216)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Am e n d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M. — Einzelnummer 4 M. — Anzeigengebühren: 6 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwanzwöcker Beitragsrückzahlung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Ausnahmetarif für Kartoffeln als Frachtstückgut.

** Mit Gültigkeit vom 1. September 1922 bis 15. Mai 1923 ist für den Bereich der deutschen Reichsbahn wieder ein Ausnahmetarif für frische Kartoffeln bei Aufgabe als Frachtstückgut in Kraft getreten. Die Fracht wird für das halbe wirkliche Gewicht nach den Frachtsätzen der ermäßigten Stückgutklasse II berechnet.

Wegen einer Frachtwergünstigung auch für den waggontweisen Versand von Kartoffeln schweben noch Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden.

Frachtermäßigung für frisches Obst.

** Gemäß Ermächtigung des Reichsverkehrsministeriums gewährt die Reichsbahn, wie bereits angekündigt, für frisches Stein- und Kernobst, ausgenommen Süßfrüchte und Weintrauben, bei Aufgabe als Gültgut und Verwendung im Inlande vom 16. September bis 31. Dezember 1922 bedeutende Frachtermäßigungen. Die Fracht wird während dieses Zeitraums berechnet:

- a) bei Wagenladungen zu den Sätzen der Klasse B, Bn 10 und Bn 5;
- b) bei Stückgut zu den um 50 vom Hundert ermäßigten, auf volle 10 Pfg. aufzurundenden Frachtsätzen der allgemeinen Stückgut Klasse.

Nähere Auskunft erteilt das Gütertarifbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe.

Kleinrentnerfürsorge und Altershilfe.

** Die Not der Zeit zwingt zu schnellen Hilfsmaßnahmen, um den Kleinrentnern und bedürftigen alten Leuten die Beschaffung von Wintervorräten zu ermöglichen. Vom Arbeitsministerium sind daher folgende Maßnahmen in die Wege geleitet:

1. Kleinrentner erhalten durch Vermittlung des gemeindlichen Fürsorgeamts im Rahmen der sonstigen Kleinrentnerfürsorge eine Winterbeihilfe von 3500 M. in bar oder in Naturalien. Die Winterbeihilfe wird auf Antrag auch solchen Kleinrentnern ausbezahlt, die bisher die Kleinrentnerfürsorge nicht beansprucht haben. Voraussetzung ist jedoch, daß sie Kleinrentner im Sinne der Richtlinien des Reiches und des Landes sind. Kleinrentner sind nicht: Empfänger von Pensionen und Ruhegehältern, Sozialrentner, Empfänger von Erwerbslosenunterstützung, Empfänger von Renten auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes. Nur insofern diese Personen noch eigenes Kapitalvermögen besitzen und ihre Gesamtinkommen unter der Grenze der Kleinrentnerfürsorge bleibt, kann Berücksichtigung erfolgen.

Eine Anrechnung auf das Vermögen findet bei dieser Winterbeihilfe nicht statt. Anträge sind sofort direkt oder durch Vermittlung der am Ort bestehenden Kleinrentnerorganisation an die Gemeinde zu richten.

2. Winterbeihilfen für bedürftige alte Leute, die nicht Kleinrentner, nicht Armenpflegerlinge und nicht Sozialrentner sind; Empfänger von Altersrenten können berücksichtigt werden. Für diesen Zweck hat das Land Sondermittel ausgeworfen, die als Kaufsumme den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Da die Zahl der Bedürftigen dieser Klasse nicht genau bekannt ist, kann die Höhe der Beihilfe, die auf jeden einzelnen entfällt, nicht von vornherein festgesetzt werden. Sie wird je nach der Lage des Bedürftigen verschieden abgestuft und in Geld oder in Naturalien zu gewähren sein. Anträge sind sofort an die Gemeinde zu richten.

3. Eine Winterbeihilfe für die Sozialrentner, die bereits Unterstützung nach dem Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnempfängern aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung beziehen, befindet sich in Vorbereitung. Näheres darüber wird demnächst mitgeteilt werden.

Oberschlesische Nöte.

Von maßgebender politischer Seite wird der Grenzland-Korrespondenz geschrieben:

Die Entwicklung der Verhältnisse in Oberschlesien gestaltet sich so, wie es vor der Genfer Entscheidung von deutscher Seite vorausgesehen worden ist. Man hat uns aber damals nicht hören wollen und das trägt sich jetzt bitter. Die Tatsache, daß Deutschland mit seiner Voraussage recht gehabt hat, nicht aber jetzt wieder uns noch unseren deutschen Brüdern in den abgetrennten Gebieten in Oberschlesien. Daß die deutschen Oberschlesier unter dieser Not mitzuleiden haben, berührt uns selbst überaus schmerzhaft. Es ist indessen eine vollkommene Verkennung der Tatsachen, wenn von polnischer Seite an Stelle des Eingeständnisses der eigenen Schwäche, der Unfähigkeit der Regierungsmitteln jetzt wiederum alle Anklagen sich gegen die deutsche Regierung richten. Die polnische Regierung und die Organe der Wojewodschaft Oberschlesien haben nichts getan, um den Zustrom, der aus allen Gebieten Kongregipolens in das gelobte Land Oberschlesien einströmt, zu verhindern.

Zum Lösungsversuch des Reparationsproblems.

Reichsbankpräsident Hakenstein in London — Eine Transaktion der Bank von England? — Die deutschen Gesandten in Paris und Brüssel — Die Auffassung in Deutschland.

Die Mission Hakensteins.

Die Besprechungen, die in Paris und in London geführt werden, um durch eine direkte Einigung zwischen Deutschland und Belgien in der Frage der zu übergebenden Schatzwechsel, ihrer Kaufzeiten und Garantien eine Zurückverweisung der Angelegenheit an die Reparationskommission zu verhindern, dürften heute in ihr entscheidendes Stadium treten. Alles hängt von dem Erfolg der Verhandlungen ab, die der Reichsbankpräsident Hakenstein heute in London eingeleitet hat. Der Zweck dieser Besprechungen ist in einem Teil der deutschen Presse nicht genau dargestellt worden. Es handelt sich nicht darum, von der Bank von England eine direkte Garantie für die deutschen Schatzwechsel zu erhalten. Die von deutscher Seite angestrebte Kombination ist vielmehr nach der Ablehnung aller anderen Vorschläge die folgende:

Die deutschen Schatzwechsel werden der Entscheidung der Reparationskommission gemäß auf sechs Monate ausgestellt und von der Reichsbank strikt garantiert werden. Diese übernimmt also die Garantie für ihre Einlösung bei Fälligkeit. Die Reichsbank ihrerseits sucht aber für den Fall, daß sie aus ihrer Unterschrift in Anspruch genommen werden sollte, Deckung bei der Bank von England in der Weise, daß diese sich verpflichtet würde, der Reichsbank einen Kredit in Höhe von zwei Dritteln des von ihr aufzubringenden Betrages einzuräumen. Dieser Kredit wäre zur Hälfte in sechs Monaten, zur anderen Hälfte in zwölf Monaten rückzahlbar, so daß durch diese Garantie die von Deutschland insgesamt zu zahlenden 270 Millionen tatsächlich in drei Raten, innerhalb von sechs, zwölf und 18 Monaten, aufzubringen wären.

Die Bank von England dürfte allerdings, wenn sie auf diese Transaktion überhaupt eingehen sollte, von der Reichsbank solide Sicherheitsleistung — in Gold oder Goldwert — verlangen. Es darf aber vielleicht darauf hingewiesen werden, daß es ein wesentlicher Unterchied ist, ob die deutsche Regierung ein Golddepot zur Verfügung der belgischen Regierung hinterlegt, oder ob die Reichsbank zur Sicherstellung einer rein geschäftlichen Transaktion das Golddepot, das sie bereits bei der Bank von England unterhält, lediglich verpfändet, wobei eine direkte Gefahr umso weniger zu befürchten wäre, als die deutsche Regierung in den ihr alldahin verbleibenden 18 Monaten Zeit genug hätte, durch monatliche Rücklagen sich einen ausreichenden Devisenfonds zu schaffen. Die Aussichten für das Gelingen einer solchen Transaktion werden, obwohl man in Deutschland bereit zu sein scheint, auf die angeführten Bedingungen einzugehen, angesichts der in der Londoner City herrschenden Auffassung über die Lösung des Reparationsproblems nicht ohne Stillschreckung beurteilt. Im Falle des Scheiterns dieser Verhandlungen bliebe jedoch noch immer die Möglichkeit, mit einer Bank des neutralen Auslandes zu Abmachungen von ähnlicher rein geschäftlicher Natur zu gelangen. Bei der augenblicklichen Stimmung innerhalb der Reparationskommission und bei der, trotz aller gegenteiligen Versicherungen in einem Teil der Ententepresse, nur sehr geringen Aussicht, daß es im Herbst wirklich zu einer Generalregelung der Frage der interalliierten Verschuldung und damit auch der Reparationen kommen werde, würde man in Berlin vielleicht einen Fehler begehen, wenn man eine Lösung, die Deutschland wenigstens bis zum Ende des Jahres eine Atempause gewährt, von der Hand weisen würde.

Der deutsche Gesandte beim Minister Jaspar.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat heute der deutsche Gesandte Landsberg dem belgischen Minister des Äußeren einen Besuch abgestattet und ihn über die Reise des Reichsbankpräsidenten von Hakenstein nach London und deren Zweck verständigt.

Wie der „Temps“ aus Brüssel meldet, ist über den Besuch Landsbergs folgende Note ausgegeben worden: Minister Jaspar hat den Besuch des deutschen Geschäftsträgers erhalten, der ihm erklärte, daß er die Antwort der deutschen Regierung unverzüglich erhalten werde. Landsberg hat hinzugefügt, daß die Londoner Reise des Herrn Hakenstein dazu angeht, die Antwort der deutschen Regierung zu beschleunigen.

Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ zu wissen glaubt, hat der deutsche Geschäftsträger bei seinem heutigen Besuch bei Jaspar sich über die Absicht und die Haltung Jaspars erkundigt, die die belgische Regierung eventuell einnehmen würde. Ferner ist Jaspars hätten bei der augenblicklichen Lage der Dinge offensichtlich nicht die Absicht, ihre Entscheidung rückgängig zu machen. Sie hätten von dem Schritt des deutschen Geschäftsträgers sofort den Vertretern Frankreichs und Englands Mitteilung gemacht.

Dr. Mayer bei Poincaré.

Die Besprechungen über die deutsch-belgische Angelegenheit sind, wie der Korrespondent der „Neuen Bad. Landeszeitg.“ erzählt, bis auf weiteres suspendiert, da alle Beteiligten auf das Ergebnis der Londoner Reise Hakensteins warten. Dem „Temps“ zufolge hat die belgische Regierung sofort die Botschafter Frankreichs und Englands von dem heutigen Schritt des deutschen Gesandten Dr. Landsberg unterrichtet.

Nach einer Brüsseler Meldung des „Temps“, die jedoch sehr unwahrscheinlich klingt, soll der deutsche Gesandte bei dieser Gelegenheit Jaspars zugleich gefragt haben, welche Maßnahmen eventuell Belgien treffen würde, falls seine Einigung zustande kommen sollte. Die Pariser Abendblätter berichten, daß Poincaré heute vormittag den deutschen Botschafter Dr. Mayer empfangen habe. Da für die Reparationsfrage hier ausschließlich die deutsche Kriegslastenkommission zuständig ist, kann es als sicher gelten, daß der Besuch des Botschafters mit der belgischen Angelegenheit nicht zusammenhängt. Die Reparationskommission hat sich, wie vorausgesehen war, in ihrer gestrigen Wochenschlusssitzung nicht mit den deutsch-belgischen Verhandlungen beschäftigt. Sie wird voraussichtlich auch in den nächsten Tagen sich nicht mit dieser Frage befassen. Das Interesse der Pariser politischen Kreise, besonders der ausländischen Diplomaten und Publizisten, für die deutsch-belgische Angelegenheit ist nach Beobachtungen auffallend gering.

Die neuen französischen Drohungen.

Die Auffassung der deutschen Regierungskreise gegenüber den neuen französischen Drohungen, die aus Paris gemeldet werden, ist ruhig. Bezüglich der Ausgleichszahlungen glaubt man, daß Frankreichs ganze, noch ungeklärte Forderung nur noch 20 Millionen Franken beträgt, die aus den schon hinterlegten 20 Millionen Goldmark getilgt werden könnte, falls die anderen Alliierten zu einer bernünftigeren Einsicht neigen.

Wenn jetzt radikalistische Elemente in Katowisz Judenprogrome veranstalten, so zeigt das weiter, daß auch die Sicherheitsorgane in Oberschlesien unfähig sind; die Tatsache zeigt aber auch, daß keine Vorbeugungsmaßnahmen gegen solchen unerwünschten Zustrom getroffen sind, trotzdem von deutscher Seite auf die Gefahr, die eine solche Massenwanderung mit sich bringen mußte, immer wieder hingewiesen worden ist. Die polnische Regierung hat auch nichts getan, um die Versorgung des Industriegebietes mit Lebensmitteln in genügender Weise sicherzustellen. Korfanty hat zwar den belornten Waffen immer wieder das Bild vom reichen Polen vorgezaubert; die polnischen Agitatoren haben immer wieder gerade von den reichen landwirtschaftlichen Schichten Polens gesprochen, jetzt, wo sich diese Schichten zeigen sollen, zeigt sich nur, daß alles Lug und Trug gewesen ist und es ist zu verstehen, wenn die Scharen jetzt demonstrieren und von Korfanty die Einlösung seines Versprechens, die Ausständigung der sprichwörtlich gewordenen Bestimmungen, verlangen. Daß Ost- und Westoberschlesien gerade in der landwirtschaftlichen Versorgung untrennbar miteinander gehören, gerade das hat die deutsche Regierung in ihren Notizen und Denkschriften deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Die Industrie selbst hat auf diesen Zusammenhang hingewiesen. Gemäß dem Genfer Abkommen tut man von deutscher Seite schon was möglich ist, aber es sind die Folgen, die die Einverleibung Ostoberschlesiens in einen fremden Staatsverband mit sich brachten, die nun verhindern, daß eine Sicherstellung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln möglich ist. Dasjenige, was Polen ausführen konnte, das wird nicht ausgeführt, weil die polnischen Eisenbahnen nicht in der Lage sind, die Lebensmittelversorgung auch nur einigermaßen durchzuführen. Neue Schwierigkeiten sind entstanden wegen der Auszahlung der Löhne. Es fehlt an Geld; auch darauf ist von deutscher Seite hingewiesen worden und auch hier tun die deutschen Banken, die gemäß einer Vereinbarung

sich verpflichtet haben, deutsches Geld, soweit es in ihren Kräfte reicht, zu liefern, alles. Aber einmal leiden wir in Deutschland infolge der Wertentwertung selbst unter der Geldknappheit, zum andern aber, und das ist das wesentliche, geht das deutsche Geld in Ostoberschlesien mit einem Aufschlag bis zu 10 Prozent nach Warschau. Das Loch im Osten ermöglicht den Abstrom der deutschen Zahlungsmittel und dieses Loch im Osten ist in der Hauptsache die Veranlassung, daß eine solche Geldknappheit jetzt eingetreten ist. Die polnische Regierung hat Maßnahmen zur Beseitigung dieses Ubelstandes angekündigt, sie will große Mengen polnischer Mark nach Ostoberschlesien schaffen. Ob diesen Worten Taten folgen, muß erst abgewartet werden; daß aber diese Taten, selbst wenn sie durchgeführt werden, in der Lage sind, die Zahlungsmittelknappheit zu beseitigen, muß leider bezweifelt werden. Auch wenn die Polen jetzt Landesdarlehen in einigen Städten Ostschlesiens gründen, so sind das im besten Falle Verwaltungsmaßnahmen, die dem Kern des Übels nicht an die Wurzel gehen.

Ebenso ungerecht wie die polnischen Behauptungen, daß Deutschland keine Lebensmittel liefern und daß die deutschen Banken nicht für genügende Zahlungsmittel sorgen, sind die weiteren Anklagen, die gerade in diesen Tagen im „Kurjer Polski“ lautgeworden sind und die sich darauf beziehen, daß Deutschland die obereschlesische Kohle nicht annehmen wolle. Im „Kurjer Polski“ wird ausgeführt, daß Deutschland die dreimal so teure Reparationskasse aus England laufe, trotzdem sie dieselbe Kohle aus Oberschlesien kaufen wollte. Es wird weiter gesagt, daß die deutschen Vertreter in Paris jetzt erklärt hätten, die deutsche Regierung fürchte, daß die von ihr gestellten Wagen nicht aus Polen wieder herauskämen, das polnische Blatt sagt, nicht nur diese Wagen kämen aus Ostoberschlesien wieder heraus, sondern die polnische Regierung sei ihrerseits noch bereit, täglich 100 Waggons selber zu stellen; Deutschland wolle das aber gar nicht, sondern be-

zwecke, der polnischen Kohle den Absatzmarkt zu nehmen. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Die englische Kohle, die wir zu kaufen gezwungen gewesen sind, mußten wir deshalb kaufen, weil sie Qualitätskohle war, die uns aus Oberschlesien nicht geliefert wurde. Die deutsche Regierung hat aber, und das muß besonders festgehalten werden, in Verhandlungen mit der polnischen Regierung zu erreichen gesucht, daß ihr aus Oberschlesien weit größere Kohlenmengen als bisher zur Verfügung gestellt würden. Diesem Ersuchen konnte indessen bisher von den Polen nicht entsprochen werden, da einmal die Förderung in Oberschlesien zurückgegangen ist, und zum andern die geförderten Kohlen auf die Halben geschüttet wurden und nicht abtransportiert werden konnten, da eben die nötigen Wagen fehlten. Wichtig an den Angriffen des „Kurjer Polski“ ist nur das eine, daß immer noch deutsche Waggonen, die nach Polen hineingeführt wurden, nicht wieder herauskommen.

Wenn sich jetzt die Dinge so traurig gestaltet haben, daß es bereits zu größeren Unruhen gekommen ist, so ist das nicht die Schuld der deutschen Regierung, das ist die Schuld allein der nationalistischen Kreise Polens und ihrer französischen Freunde, die die Angliederung eines Landes verlangen haben, das Polen nicht zu verwalten in der Lage ist. Oberschlesien wird bei einer solchen Verwaltung nicht eine Schatzkammer Polens sein, sondern es wird mit in das Unglück der polnischen Wirtschaft hineingerissen werden. Das Schicksal Oberschlesiens ist die Folge des Genfer Nachspruches, der wider Recht und Gerechtigkeit gefällt worden ist. Daß muß klar und deutlich ausgesprochen werden und keine polnische Geschichtslitteratur wird in der Lage sein, diese geschichtliche Wahrheit zu verbunkeln.

Politische Neuigkeiten.

Weitere militärische Besetzung deutscher Gebiete?

Während der Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ erfahren haben will, daß die Reparationsfrage einen derart kritischen Punkt erreicht habe, daß die Möglichkeit einer militärischen Besetzung weiterer deutscher Gebiete mehr denn je drohe, berichten die „Times“, angelehnt an die Lage in naher Zukunft könnten Frankreich und England ihren Streit nicht fortsetzen und man sei der Ansicht, daß eine angemessene Regelung erzielt werden müsse.

In der Sitzung des französischen Kabinetts am gestrigen Freitag, sei ein Geist der Mäßigung zutage getreten. Niemand warte, daß scharfe Maßnahmen ergriffen werden. „Libre“ sagt, das Stimmabkommen werde wahrscheinlich der Ausgangspunkt einer anders gearteten Politik werden. Ende dieses Monats würden eine Anzahl deutscher Industrieller die verwüsteten Gebiete besuchen. Man erwarte, daß es dann zu weiteren neuen Erörterungen komme.

Krise im lothringischen Industriegebiet.

Die „Republique“ in Straßburg bringt einen eingehenden Bericht über die Lage im lothringischen Industriegebiet, der deutlich zu erkennen gibt, welcher schweren Nachteil dieser in deutscher Zeit aufgeblühten Industrie der Meher und Diederhofener Gegend durch die Abhängigkeit vom deutschen Markt und Wirtschaftsgesetz erwachsen ist. Es heißt darin u. a.:

„Von der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, unter der die lothringische Großindustrie — mit Ausnahme des Kohlenreviers — seit den letzten Jahren in mehr oder weniger folgenreicher Weise leidet, ist wohl kein Zweig so stark in Mitleidenschaft gezogen, als die Eisenindustrie, die sich in die Hochofenindustrie und in die fundamentale Erzeugung gliedern läßt.“

Zum Beweis für die kritische Lage der Hochofenindustrie erinnert die „Republique“ an die verlustreichen Abschlässe der größten lothringischen Hüttenwerke, wobei allerdings berichtigt wird, mitzuteilen, daß einmal die oft gerügte unsachgemäße neue Verwaltung der Werke und zum andern die Absicht mitspielt, den feinerzeitigen Erwerb der Werke als zu teuer erscheinen zu lassen. Das Blatt sagt dann weiter: „In Lothringen sind von 66 bestehenden Hochöfen zurzeit nur noch 37 unter Feuer. Außerordentlich schwer empfinden die lothringischen Werke den Verlust ihres früheren deutschen Absatzgebietes und den Mangel an tüchtigen Spezialarbeitern und Beamten.“

Abgesehen ist es angebracht, die kürzlich eingeleiteten Ablenkungsmaßnahmen der Meher Handelskammer bedenklich, daß der Bericht feststellt: „Der Eingang von Hüttenkoks wird, obgleich

vermindert und unregelmäßig (6000 Tonnen täglich), doch als genügend angesehen bei der momentan reduzierten Kohlenproduktion.“ Mit der angeblichen deutschen Sabotage ist es also nicht! Für die Eisenerzeugung werden folgende Zahlen genannt: 1913: 21 133 680 Tonnen, 1920: 8 075 000 Tonnen und 1921: 7 816 675 Tonnen. Bei solchen Zahlen ist es begreiflich, daß man die Pariser Regierung darauf hinweist, wie verhängnisvoll diese Entwicklung für das Ansehen Frankreichs im „befreiten Lande“ sein muß.

Regierungsschrift an den Völkerbund.

Der Regierungsrat, der kürzlich in Remport getagt hat, entsandte vier Delegierte nach Genf, die beim Völkerbund persönlich eine Denkschrift vertreten sollen, die bereits vor längerer Zeit dem Generalsekretariat eingereicht worden ist. Die Regier wünscht, daß der Völkerbund ihnen eine oder mehrere der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika zur Bildung eines großen Regierstaates überläßt. Sie wollen der Welt beweisen, daß sie sehr wohl fähig sind, sich nach den Bestimmungen des Völkerbundes selbst zu regieren und sie lehnen mit aller Entschiedenheit jeden Gedanken daran ab, daß sie etwa den Krieg der Schwarzen gegen die Weißen proklamieren wollen. Als sie gefragt wurden, erklärte einer von ihnen: Willehnt werden wir sogar ein gar nicht so unwürdiges Mitglied des Völkerbundes sein. Sehr ernst fügte er hinzu: Wir sind viel weniger kriegerisch als die Weißen. Der Präsident der Delegation, der aus Sierra Leone stammt, heißt Morfi, sein Sekretär Nuan; ferner gehören der Delegation an van Serrill aus Remport und Neall von den Antillen.

Zusammenstöße mit englischen Truppen?

Das englische Kabinetts hielt heute nachmittags eine Sitzung zur Diskussion der Politik des nahen Ostens ab, die sich in einer sehr kritischen Atmosphäre abspielte, wie selten seit dem Kriege. Dem Kabinetts lagen Berichte über die Meheleien und den Brand von Smyrna vor, die von 100 Seiten sprachen. Außerdem zirkulierten selbst in offiziellen Kreisen alle möglichen Gerüchte, nach denen es bereits zu Zusammenstößen zwischen englischen und türkischen Truppen gekommen sein soll, während andere Nachrichten von getöteten Engländern in Smyrna sprachen. Unter diesen Umständen war es die erste Aufgabe des Kabinetts, die Wahrheit dieser verschiedenen Berichte festzustellen. Im Kabinettsrat wurde offiziell festgestellt, daß man die Drohungen Kemals nicht allzu ernst nimmt und nach wie vor auf Frankreich vertraut, daß es auf Kemal einen solchen Druck ausüben werde, um ihn von Konstantinopel fernzuhalten.

Aber Nachrichten aus Paris zeigen, daß Frankreich seinen Wunsch, Kemal von einer Besetzung Konstantinopels abzuhalten, nicht so nachdrücklich vertritt, wie es ursprünglich den Anschein hatte. Die französische Note ist hier unmittelbar vor dem Zusammentritt des Kabinetts eingegangen. Sie bestätigt neuerdings die Absicht Frankreichs, den englischen Standpunkt, die Dardanellen offen zu halten, zu unterstützen.

Wärts der Kemalisten auf Konstantinopel. Dem Daily Telegraph zufolge bewegt sich ein großer Teil des türkischen Heeres, das in Smyrna eingetroffen war, jetzt in nördlicher Richtung auf Ismid zu. Bisher ist jedoch keinerlei Aktion, die sich gegen die Meerengen gerichtet hätte, unternommen worden.

Einstellungsmöglichkeit in die Reichsmarine.

Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums teilt uns folgendes mit: Zum 1. November d. J. wird wieder eine größere Anzahl von Freiwilligen für die Reichsmarine benötigt. Junge Leute im Alter von 17—22 Jahren, die mit Lust und Liebe sich in unserer Kriegsmarine dem Soldatenberuf widmen wollen, müssen sofort an die Schiffsammlungskommission der Nordsee (Einstellung) Wilhelmshaven, ein entsprechendes Gesuch mit Lebenslauf richten. Es werden nur Freiwillige als Berufssoldaten mit 12jähriger Dienstverpflichtung eingestellt, und zwar als Matrosen, in erster Linie Leute der seemannischen und halbseemannischen Bevölkerung, sowie Handwerker, besonders Zimmerleute, Schiffsbauer, Schneider und gelernte Musiker, ferner als Helfer solche, die eine dreijährige, praktische, technische Ausbildung genossen haben, besonders Kupfergießerei, Mechaniker, Schlosser und Dreher. Den schwereren und ersten Aufgaben entsprechend, die der deutschen Beherrschung zur See zufallen, kommen nur fittlich und körperlich einwandfreie Freiwillige zur Einstellung. Sie müssen

gerichtlich unbeschäftigt sein, ferner müssen sie uneingeschränkt leistungsfähig sein, von guter Gesundheit, kräftigem Körperbau und volle Schärfe besitzen. Farbenuntüchtigkeit schließt von der Einstellung aus. Der Ausbildung an Bord geht eine längere infanteristische Ausbildung an Land voraus. Die Soldaten der Beherrschung erhalten während ihrer Dienstzeit eine weitere Schul- und fachliche Sonderausbildung, um ihnen den späteren Übergang in einen bürgerlichen Beruf zu erleichtern. Alles Nähere können Freiwillige bei der Annahmestelle der Schiffsammlungskommission der Nordsee (Einstellung) in Wilhelmshaven erfahren. Eine persönliche Vorstellung ist nicht erwünscht.

Kurze polit. Nachrichten.

Änderung der Gebühren im Paket- usw. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-, Paket-, Telegramm- und Zeitungsvorkehr ist mit Wirkung vom 16. September an auf 300 M. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kräftchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden gleichfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Wochenrückblicke.

Die Sorge zur Eindeckung des Wintervorrates steht im Mittelpunkt des staatlichen, städtischen und persönlichen Interesses. Die erneut aufgeworfene Frage der Reparationsleistungen laßt auf Außen- und Innenpolitik, auf Handel und Industrie. Das gesamte Wirtschaftsleben leidet am Mangel an Betriebskapital, was das Reich, die Länder und Städte wiederum mit großer Sorge erfüllen muß, im Gedanken an die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln. Infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage werden die dazu notwendigen Schritte erheblich erschwert. Zu begrüßen ist es, daß der Karlsruher Stadtrat die Wassenzufuhr von Obi zur Winterdeckung in großzügiger Weise finanzieren will, die Eröffnung eines vorübergehenden Kredites bis zu fünfzig Millionen Mark beantragt hat und mit einem großzügigen Kartoffelverorgungsprogramm, einer ergänzenden Einfuhr von Magermilch aus der Schweiz, dem Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen will.

Die Preisverhöhung für Kohle wird gerade jetzt bei Winterbeginn recht hart empfunden werden. Beträgt doch heute der Kohlepreis einschließlich Kohlensteuer das 40fache des Friedenspreises! Die Kohlenpreise haben neben denen des Eisens bald das Preisniveau des Weltmarktes erklimmen. Kein Wunder, ist doch der Großhandelsindex gegenüber August von 139 auf 289 im Anfang September gestiegen was ohne weiteres wieder die Lohnfala in die Höhe treiben muß.

Gesunden Bährungsverhältnissen, und damit einer wenigstens äußeren Stabilisierung des Geldwertes, werden wir erst dann entgegengehen können, wenn die verberbliche Inflation ein endgültiges Ende genommen haben wird. Das wird aber bei der Unsicherheit der derzeitigen politischen europäischen Verhältnisse in absehbarer Zeit nicht der Fall sein. Die Länder tun ihr Bestes, um all den Wäden begegnen zu können. Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich schon Verschiebungen. Das Baugewerbe ist immer noch gut beschäftigt. Die Aufnahmefähigkeit der Fabrikindustrie geht zurück, der Schmudwarenaufträge mangelt es. Einzelne Betriebe haben sich bereits zu Einstellungen gezwungen.

Die Gerichte haben Verfügungen erlassen, daß sie in ihrer Strafvollstreckung Rücksicht üben und möglichen Strafausschub gewähren sollen, um den betreffenden Personen nicht die Sorge für den Unterhalt ihrer Angehörigen völlig zu rauben. Mit Recht hat man sich bisher in Frage der Kartoffelversorgung über jegliche Verhinderung der Kartoffelaufuhr aus Bärtemberg, das hierin ein Verschlund darstellt, gewehrt und beschwert. Es müßte die Landwirtschaft überhaupt den Städten durch Abschlässe von Lieferungsverträgen mehr entgegenkommen. Es könnten Kartoffelentwendungen zum halben Gewicht verpfändet und die sogenannten Kartoffel-Lätze verbilligt werden. Ähnlich wird soeben mitgeteilt, daß für den Bereich der deutschen Reichsbahn wieder ein Ausnahmestafel für frische Kartoffeln, mit Gültigkeit vom 1. September 1922 bis 15. Mai 1923, bei Aufgabe als Frachtgut in

Geheimer Rat Dr. Adolf v. Oechelhäuser zu seinem 70. Geburtstag.

Am 17. September feiert Geheimer Rat Dr. Adolf von Oechelhäuser, der hier im Ruhestand lebende Professor der Kunstgeschichte der Karlsruher Hochschule seinen 70. Geburtstag.

Vom Sekretariat der Technischen Hochschule Karlsruhe wird uns hierzu geschrieben:

Es ist nicht leicht, in dem engebegrenzten Raum, der heute im Feuilleton einer Tageszeitung zur Verfügung steht, der Bedeutung dieses Mannes gerecht zu werden. Darum möge es einer beruflichen Feder vorbehalten bleiben, bald ausführlich über die Persönlichkeit und das bisherige Lebenswerk des Gelehrten zu schreiben.

Geboren im Jahre 1852 zu Weilmünster a. d. Ruhr widmete er sich nach Abolvierung des Gymnasiums in Dessau an den Technischen Hochschulen in Berlin und Hannover dem Studium des Kaufmanns und der Ingenieurwissenschaften, bestand 1877 die preussische Kaufmännische Prüfung, studierte sodann bis 1884 an der Universität Heidelberg und promovierte 1885 zum Dr. phil. an der Universität Berlin. Hierauf habilitierte er sich 1886 an der Universität Heidelberg als Privatdozent für Kunstgeschichte, wo ihn 1890 der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen wurde. Auf 1. Oktober 1893 folgte er einem Rufe an die Technische Hochschule Karlsruhe als ordentlicher Professor der Kunstgeschichte, wo er als Nachfolger Lübbers eine an Erfolgen reiche Lehrtätigkeit ausübte. Im April 1902 wurde er zum Dozent, 1904 zum Geheimen Hofrat und im Januar 1918 zum Geheimen Rat 2. Klasse ernannt. Freiwillig meldete sich der Jubilar bei Ausbruch des Weltkrieges zur Verwendung im Heeresdienst und wurde als Adjutant zum Militärgouverneur für die Provinz Hannover einberufen, welches Amt er bekleidete, bis er im Oktober 1917 seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule Karlsruhe wieder aufnahm. Zweimal, nämlich für die Studienjahre 1902/03 und 1909/10, wurde er durch das Vertrauen seiner Kollegen zum Rektor der Technischen Hochschule und im Herbst 1913 zum Abgeordneten der Ersten Kammer der Landstände als Vertreter der Fredericiana gewählt.

Von den zahlreichen Veröffentlichungen des Geh. Rat Dr. von Oechelhäuser mögen nur erwähnt werden: Über Erhaltung und Erneuerung von Kirchen; die mittelalterlichen Wandgemälde im Großherzogtum Baden; Geschichte der Akademie der bildenden Künste; der Ost-Heinrichsbau des Heidelberger Schlosses; Das Heidelberger Schloß; Bau- und Kunstgeschichtliche Führer; Der kunstgewerbliche Unterricht an den deutschen Hochschulen; Wege, Ziele und Gefahren der Denkmalpflege; ferner die Kunstdenkmäler einer Reihe von Amtsbezirken des badischen Landes.

Die hervorragenden Verdienste, welche sich der Jubilar als Vorstehender des Landes der Denkmalpflege erworben hat, sind durch Verleihung zahlreicher Ordensauszeichnungen anerkannt worden. Am 1. Oktober 1918 konnte Geh. Rat Dr. von Oechelhäuser sein 25jähriges Dienstjubiläum als ordentlicher Professor feiern und auf 1. Oktober 1919 erfolgte seinem Ansuchen entsprechend seine Versetzung in den Ruhestand.

Dankbar gedenkt die Fredericiana am heutigen Tage des hervorragenden Lehrers und weitbekannten Gelehrten, der bei seiner ausgedehnten wissenschaftlichen Betätigung noch die Zeit zu erfolgreichem Wirken für das Gemeinwohl fand. In lebendig wirkenden Vorträgen brachte er die Ergebnisse seiner Forschertätigkeit auch der weitesten Öffentlichkeit, zumal dem nach Bildung strebenden Arbeiter, im Volksbildungsverein näher. Möge dem Jubilar, bei dessen aufrechten Gang niemand auf sein Alter schließen würde, die geistige und körperliche Frische noch lange Jahre erhalten bleiben.

Die Morgenfeier im Landestheater.

Zu der am 17. September, vormittags 11½ Uhr, im Landestheater stattfindenden Morgenfeier wird uns geschrieben: Zur Aufführung gelangen Kammermusikwerke badischer Komponisten. Den Eingang des von Herrn Konzertmeister Voigt zusammengestellten Programms bilden die Uraufführung eines Streichquartetts von Arthur Alexander, ein Werk voll schöner Romanik und blühender Melodik. Amütig reißt sich ein nusskörniges Bild an das andere, frei von jeder Problematik und doch fähig aus dem Empfinden des modernen Musikers herausgehoben. Strenger im

Stil, weiter geschwungen in der Linie, weniger bilderreich, doch gerade so warm empfunden und nicht minder kunstvoll gibt sich das Streichquartett von Heinrich Kaminski, das erstmals in Karlsruhe gespielt wird. Ausführende beider Werke sind die Herren: Konzertmeister Voigt, Kammermusiker Billy Grabert, Kammermusiker Heinz Müller und Kammermusiker Paul Trautvetter. Zwischen den Instrumentalwerken steht ein Liederspiel. Wieder an ein Mädchen der Karlsruher Komponistin Margarete Schweikert, der ebenfalls in das Gebiet der Kammermusik gehört und auch eine Erläuterung für Karlsruhe bedeutet. Die neun Gedichte des früher in Karlsruhe als Redakteur tätigen schwäbischen Dichters Hans Heinrich Schlier sind zu einer einzigen Gesangsreihe zusammengeschweißt und in thematischer Arbeit durch das Klavier ausgedeutet. Opernsänger Wilhelm Kentswig wird die Lieder interpretieren, im Verein mit der Komponistin am Flügel. Das Karlsruher Streichquartett wird die Quartette zu Gehör bringen. Für die Morgenfeier vor uns der Generaldirektion auch noch ein Liederspiel des jungen Forchheimer Komponisten Heinrich Levinger vorgesehen. Das Louwer ist aber von dem Komponisten für diesen Anlaß zurückgezogen worden und wird in einer späteren Veranstaltung zum Vortrag gelangen.

In der Festwoche des Landestheaters steht dem Publikum ein besonderes Ereignis bevor. Es ist der Zuteilung gelungen, für die Aufführung der „Zauberflöte“ Herrn Fritz Krauß von der Württembergischen Staatsoper als Gast für die Partie des Tamino zu gewinnen. Herr Fritz Krauß ist in den letzten Jahren einer der beliebtesten und gefeiertesten Tenöre Deutschlands geworden. — Der hiesige Vertreter des Tamino, Herr Kentswig, war wegen der überaus anstrengenden Vorbereitungen zu der Oper „Cajanova“, in der er die Titelfrolle gibt, nicht in der Lage, diesmal die Partie zu singen.

Turmbergbeleuchtung. Wegen des ungünstigen Wetters ist das von der Stadt Durlach auf heute, Samstag abend, in Aussicht genommene bengalische Beleuchtung des Turmbergs mit anschließendem Feuerwerk und vorausgehendem Konzert auf nächsten Samstag den 23. September d. J. verlegt worden.

ge. eren ist. Für den Bestand von frischem Obst...

Streng sucht man seither gegen die Verfälscher von...

Die vom Ministerium des Innern seit Juni geübte Aus-

Zu der Zuckerbewirtschaftung wird eine Zwangs-

Der Paragraf, der die Erhebung des Wiederanschaffungs-

Badische Uebersicht. Lebensmittelpreise und Warenbeschaffenheit.

Die Preise für Nahrungs- und Genussmittel haben in...

Landestarifvertrag im Friseurgewerbe. Im Arbeitsministerium...

Invalidenversicherung. Vom 1. Okt. 1922 ab sind in der Invalidenversicherung...

Marz bis 7000 M. (Klasse D) 650 Marz, von mehr als 7000...

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Birnmasch, 16. Sept. Im nahen Dorfe Höhehewiller...

DZ. Ludwigsb. a. Rh., 16. Sept. In den Nächten vom 6. auf 7. und vom 10. auf 11. September...

DZ. Krauchheim, 16. Sept. Die Jagst führt infolge des anhaltenden Regens...

DZ. Walldorf, 16. Sept. Hier wurde einem Landwirt, wie im vorigen Jahre...

DZ. Offenburg, 16. Sept. Dieser Tage begab sich hier ein Mann auf den Weg...

DZ. Lahr, 16. Sept. Eine empfindliche Strafe wegen Steuerhinterziehung...

DZ. Freiburg, 16. Sept. In der Ortsgruppe Freiburg des Badischen Schwarzwaldbereins...

Aus der Landeshauptstadt.

Die Feier des 75jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr...

bei werden, daß dem Korps 160 Mitglieder des Turnvereins...

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung. Erhöhung der Verwaltungsbeiträge bei Tilgungsdarlehen.

Mit Ermächtigung des Badischen Staatsministeriums und soweit erforderlich im Einverständnis mit dem Reichsminister...

Zu § 11 des Gesetzes: Als unter Staatsaufsicht stehende Kreditanstalt im Sinne...

Zu § 12 des Gesetzes: Es wird der genannten Anstalt freigestellt, die Zinsab-

Karlsruhe, den 14. September 1922. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: S. v. Dr. A. Jung. Müller.

Verkehrsberren. Aufgehoben ist Annahmestelle nach Leipzig, Dresden, Bita...

Zur Vermeidung von Verkehrsstörungen auf den Bahnhöfen...

Handgeldfreie Fahrt bei Weiterbeförderung von Wagen ohne Umladung...

CYKLONETTE

seit über 20 Jahren bekannt als wirtschaftlichstes Kleinauto. Einfache Bedienung...

Landestheater, 11 1/2 - geg. 1 Uhr, 40 Mk. Morgenfeier: Kammermusik badischer Komponisten. Othello. Konzerthaus 80 M. Im weißen Röhl.

Dresdner Bank. Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M. Rückstellungen: 400 Millionen M. Niederlassungen in Baden: Mannheim :: Heidelberg Freiburg i. B. :: Konstanz

erste Verkaufskraft. Für den Kreisstaat Baden sucht bedeutendes Haus der Gartenausstattungsbranche.

Prima gelbe Speise-Kartoffeln. werden täglich von 2-6 Uhr von 50 Pfund ab ausgegeben. Preis heute: M. 420.- pro Zentner. Salz Haas, Karlsruhe. Verkaufsstelle: Alter Bahnhof, Durchgang Kriegsstraße nach der Baumeisterstraße. A 602

Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren. Karl Hummel, 13 Werderstraße 13, Karlsruhe i. B. Stahlwaren-Geschäft.

Häuser vermittelt Otto Bühler. Liegenschafts-Agentur Karlsruhe i. B. Sofienstraße 19. Telephon 2812

MIZI DER BUTZSCHNELLE MESSER-PUTZ. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich. Enameline-Werke, Höchst a. M.

Bürgerl. Rechtspflege

3.2.1 Oberkirch. Der Erbennachlassigent Franz Kaver Kobay in Dinsbach bei Achern als Bevollmächtigter der Erben des Franz Kupp in St. Ingbert (Pfalz) bat beantragt, die verstorbenen 1. Jakob Kupp, geboren am 19. Jan. 1823 in Schalodenbach bei Kaiserslautern, 2. Maria Anna Kupp, geb. am 3. April 1851 in Ulm, beide zuletzt wohnhaft in Ulm, Amt Oberkirch in Baden, für tot zu erklären...

Bürgerl. Rechtspflege

3.2.1 Baden. In Sachen Dr. Kaplan-Kummersh, früher in Baden-Baden, zurzeit unbekanntem Aufenthalts, gegen Frau Marie Böhrs in Baden-Baden, Leopoldstraße, wegen Forderung wird der Kläger vor das Amtsgericht Baden-Baden, Zimmer 17, zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung auf: Freitag, den 3. November 1922, vorm. 9 1/2 Uhr, geladen. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bürgerl. Rechtspflege

3.2.1 Heidelberg. Auf Antrag der Erben wurde in dem Nachlass des am 7. Juni 1922 in Heidelberg verstorbenen Anwalts Emil Schott in Heidelberg die Nachlassverwaltung angeordnet. Ratsherrnrat Bernhard Weltbrod in Heidelberg wurde zum Nachlassverwalter bestellt. Heidelberg, 12. Sept. 1922. Bad. Notariat Heidelberg 1.

Bürgerl. Rechtspflege

3.2.1 Karlsruhe. Infolge Erhöhung der Fahrpreise der Eisenbahnen...

Bürgerl. Rechtspflege

3.2.1 Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Rannheimer Eisenbahn. Im Binnen-Verkehr...

Bürgerl. Rechtspflege

Personentarif Reichsbahn (Badisches Netz) Bad. Nebenbahnen (im Privatbetrieb). Mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1922...

Bürgerl. Rechtspflege

Bekanntmachung. Infolge Erhöhung der Fahrpreise der Eisenbahnen...

KARLSRUHER-HERBSTWOCHE

10. SEPTEMBER — 24. SEPTEMBER 1922

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Ich hab's erprobt!

Schaller's Tee

ist doch der Beste!

Carl Schaller, Tee-Import, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 40.

Carl Gassen Internationales Speditionshaus

Zentrale Hamburg
Gegründet 1871

Kaiserstrasse 73 **Filiale Karlsruhe** Telephon 4948-50

Sammel-Verkehre nach den Hauptplätzen des In- und Auslandes.
Lagerung ♦♦ Versicherung ♦♦ Verzollung ♦♦ Inkasso.

Passage-Dienst nach Süd- und Nord-Amerika

Es gibt nichts Praktischeres und billigeres als meine bewährte

DAUERWÄSCHE

kalt abwaschbar, mit prima Stoffeinlage, Weiter empfehle
Hosenträger, Krawatten, Schirme, Stöcke
♦♦ sowie sämtliche Herrenartikel ♦♦

Spezialhaus für Dauerwäsche und Herrenmodeartikel
Andr. Weing jr.
Kaiserstraße 40 KARLSRUHE Telephon 5476

Besuchen Sie meine

erstkl. Kunstwerkstätte weiblicher Handarbeiten

Sehenswerte Ausstellungsräume

RUDOLF VIESER

Karlsruhe — Tel. 740 — Kaiserstr. 153

Schirme • Spazierstöcke

elegant, preiswert, dauerhaft empfiehlt

Wilhelm Kretschmar Nachf. Schirmfabrik

Telephon 5476 KARLSRUHE Kaiserstraße 82a
Überziehen, Schirmreparaturen aller Art schnell u. billig

Anton Leicht

G. m. b. H.

Tabakfabrikate-Großhandlung

Tel. 5155 KARLSRUHE Tel. 5155
Neue Bahnhofstraße 46 am Hauptbahnhof

PROGRAMM

Sonntag, den 17. September:

Wettkämpfen in der Zentral-Turnhalle, Bismarckstraße 12.
Beginn Vormittags 1/9 bis 1 Uhr.
Tennis-Städtewettbewerb auf den Tennisplätzen am Kühlen Krug.
Veranstaltet vom Karlsruher Tennis- und Eislaufverein E.V. von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr.
Jagdmäßiges Kugel- und Schrotschießen in den Schießständen beim Schützenhaus, veranstaltet von der Schützengesellschaft Karlsruhe.
Geflügel-Markt im Saale des Schrempf'schen Bierkellers, Beierheimer Allee 18, vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr.

Adolf Pfeiffer

Werkzeuge : Werkzeugmaschinen

Karlsruhe

Lammstraße 6 Karlsruherstraße 19
Telefon 4988 Telefon 4988

Beste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer.
Fabrikniederlage.

Pfaff Nähmaschinen für den Hausgebrauch, Schneidereien
Adler Industrie- und Handwerks-Maschinen
Georg Mappes Karlsruhe nur Karl-Friedrichstr. 20 Tel. 2264
Triumph Schreibmaschinen
Triumph Fahr- u. Motorräder
Hohbaum Maschinen
Knopfloch Maschinen

Werkzeuge
Werkzeugmaschinen
für Holz- und Metallbearbeitung
für Fabriken u. Handwerksbetriebe

Maschinenbau - Bedarfsartikel
Transportgeräte — Transmissionsteile
Hebezeuge

Manufaktur- und Weißwaren,
Wollwaren :: Strickgarn

Rudolf Kutterer,

Karlsruhe :: Telephon 597.
Markgrafenstraße 32, am Lidellplatz.

Großkürschnerei

Wilhelm Zeumer

Kaiserstraße 125/127
Telephon 274 — 280

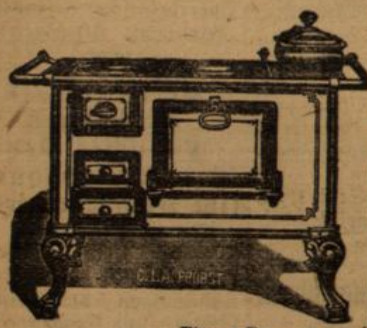
Altrenommiertes



CARL DIEHL

Inh.: A. Diehl Ww. • Chr. Diehl
Waldstraße 38, neb. Gasthaus z. weißen Berg
früher Kaiserstraße 148.

ERSTKLASSIGE FABRIKATE IN
Uhren, Gold-, Silber- und
Elfenbein-Schmuck, Trauringe



Gas- und Wasserleit.-Gesch.
KARL FR. ALEX. MÜLLER,
Amalienstr. 7, KARLSRUHE I. B.,
Teleph. 1284. Geogr. 1890.
Alleinvertrieb u. Lager der
größten Herd- u. Ofenfabr.
F. Küppersbusch & Söhne A.-G.,
Immerbrand - Patentgründer,
herbe, heb- und senkbare
Feuerkasten, daher staub-
und geruchfrei!
Gebr. Poesgen A.-G.,
Kleinwäscherei-Einrichtung,
Wendeltreppen, Beleuch-
tungskörper, Sanit. Anlagen.
Eigene Reparaturwerkstätte! A907

Pelz-Modehaus

Bedeutendes Lager in

Pelz-

Mäntel, Jacken
Umhängen, Kragen
Shales, Colliers
Muffen, Hüten etc.

Johann Unterwagner

Sämtliche Bedarfsartikel
zur Krankenpflege

Bandagen, Leibbinden, Gummistrümpfe, Geradehalter, Monatsbinden und -Gürtel, Krankenmöbel, Einlegesohlen, Einlagen für Senk- und Hohlfüße, Verbandstoffe, Gummiwaren jeder Art.

Karlsruhe i. B. :: Passage 22—26.

Druck der Karlsruher Zeitung.